

Empörung, Engagement und Entschlossenheit beim DED-Jubiläumstreffen

Mehr als 750 Menschen, die auf irgendeine Weise mit dem Deutschen Entwicklungsdienst, DED, verbunden waren, kamen vom 24.05. bis 26.05 2013 zur Jubiläumsfeier am Werbellinsee zusammen. Nicht nur um zu feiern und in Erinnerungen zu schwelgen, sondern um gemeinsam mit geladenen Gästen über die schleichende Abschaffung des Entwicklungsdienstes und die Notwendigkeit eines solchen Instrumentes in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren.

So manchem Gast beim Jubiläumsfest zum 50sten Jahrestag der Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes schien nicht, oder zumindest nicht genau, klar zu sein, wie der DED im Zuge der Neuausrichtung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik unter die Räder gekommen ist. Der DED, der ihr Leben geprägt hat und in dessen Diensten sie dazu beigetragen haben, das Leben vieler Menschen in den Ländern des Südens in solidarischer Zusammenarbeit zu verbessern. Schnell wurde jedoch in den vielen Gesprächen und Diskussionen klar, wie sehr sich viele der Teilnehmer noch immer für entwicklungspolitische Belange interessieren und engagieren.

Epilog am Vorabend

Mit viel Applaus wurde der „beliebteste BMZ-Minister“ Erhard Eppler als Gast begrüßt, der vom 150-jährigen Jubiläumsfest seiner Partei, der SPD, aus Leipzig an den Werbellinsee gekommen war. Laut Werner Würtele, langjähriger Leiter der Vorbereitung des DED, habe Eppler als Minister „den einen oder den anderen Strauß mit dem DED ausfechten müssen“, habe den DED als Organisation jedoch auch stark geprägt.

„Wir wollen zurückblicken auf das Erreichte, aber nicht stehen bleiben, sondern wir wollen den Blick nach vorne richten.“ sagte Würtele, und gab damit einen Ausblick auf den geplanten Inhalt des Treffens.

„Wer war 1965 schon in der Vorbereitung?“ fragte Würtele, und war erstaunt, dass sich einige Teilnehmer meldeten, die sogar schon 1964 mit dem DED als EH ausgereist waren. Als Manfred Dasio, Vorsitzender des DED-Freundeskreises, auf Nachfrage von Werner Würtele, wann er denn in der Vorbereitung gewesen sei, mit „1968“ antwortete, bezeichnete ihn Würtele mit einem Augenzwinkern als einen der Jüngeren.

Aber auch Rückkehrer, welche die Fusion mit einem alten DED-Vertrag in der Tasche erlebt hatten, und erst 2012 zurückgekehrt waren, meldeten sich auf Nachfrage bei der Begrüßung. Somit war trotz des gehobenen Altersdurchschnitts gegeben, dass auch Meinungen und Eindrücke aus der jüngsten Zeit, oder wenn man so will, aus der Endzeit des DED, einfließen würden. Die überwiegende Teilnehmerzahl waren „ganz normale“ Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, aber auch mitausreisende Partner und Kinder der EH und ehemalige Beauftragte/Landesdirektoren und Hauptamtliche waren erschienen.

Mit viel Applaus wurde auch der frühere Geschäftsführer des DED Willi Erl begrüßt.

Manfred Schumacher, ehemaliger Entwicklungshelfer und Tutor in der Vorbereitungsabteilung des DED, der in Zusammenarbeit mit dem DED-Freundeskreis das Jubiläumsfest organisiert hatte, begrüßte die Teilnehmer ebenfalls. „Wenn es den DED noch geben würde, dann würde ich Sie sicher nicht hier begrüßen. Dann würde hier der Geschäftsführer stehen und wahrscheinlich auch der zuständige Minister, jedenfalls der derzeit zuständige würde sich das nicht nehmen lassen.“, sagte Schumacher. In das aufkeimende Murmeln und Buhen hinein sagte Schumacher: „Durch den bedauerlichen

Umstand der Auflösung, den DED gibt es ja nun nicht mehr, bleibt uns das Gott sei Dank erspart.“ Woraufhin es lauten Beifall und Zustimmung in der Halle gab.

Schumacher begrüßte die Teilnehmer im Namen der „Initiativgruppe DED50“ und verkündete: „Laut Liste sind 730 und 52 Kinder angemeldet. Diese Teilnehmerzahl spricht für das Engagement und das Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Organisation, mit der wir alle mal an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Zeiten unterwegs waren.“

Schumacher drückte das Bedauern der Organisatoren aus, dass es nicht möglich war, Partner aus den Entwicklungsländern einzuladen, obwohl gerade die Einbeziehung der Partner vor Ort ein wichtiges Merkmal der Arbeit als Entwicklungshelfer gewesen sei. Er rief deshalb alle Teilnehmer auf, nach ihren Möglichkeiten über ihre noch bestehenden privaten Kontakte und Verbindungen den ehemaligen Partnern über den Anlass und das Treffen zu berichten.

Mit seinem Satz: „Herr Niebel Sie werden von uns hören.“, erntete er viel Applaus.

Manfred Dassio begrüßte die Teilnehmer im Namen des DED-Freundeskreises und klärte die Frage, wer dieser Freundeskreis ist. Vor sechs Jahren sei er von einem Kreis von Hauptamtlichen gegründet worden, um der beginnenden Entwicklung des DED von einem Entwicklungsdienst hin zu einer „kostengünstigen Expertenorganisation“ entgegenwirken. Man habe diesem Prozess nicht tatenlos zusehen sondern Stellung nehmen wollen. Das habe man getan und werde beim Treffen am Werbellinsee Ideen darlegen, wohin ein neuer Entwicklungsdienst in der jetzigen Situation gehen solle, oder wohin er in der neuen GIZ gehen könne. „Was wir nicht sind ist ein Kreis, der denkt, früher war alles besser im DED und jetzt ist alles schlecht.“, sagte Dassio. Der DED habe sich in seiner fast 50-jährigen Geschichte immer geändert, und der Freundeskreis wolle nicht, dass der DED so wird, wie er früher war. Man sei aber der Ansicht, dass das, was den DED früher ausgemacht hat, nicht überholt ist und nicht grundsätzlich falsch ist.

Manfred Schumacher bezeichnete es als ein „schon historisches Ereignis, dass nach der Abschaffung einer Organisation nochmal 750 ehemalige Mitarbeiter zusammen kommen.“ Das sei schon ungewöhnlich.

Mehr als eine Podiumsdiskussion

Am Samstagvormittag fand eine Podiumsdiskussion statt, die den Ansturm der vielen Teilnehmer kaum verkraften konnte. Das Podium war besetzt mit: Dr. Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 1969 bis 1974, Uli Post, Vorsitzender VENRO, Manfred Dassio, Vorsitzender DED-Freundeskreis e.V., Dr. Hildegard Schürings, EZ-Beraterin, Anke Müller-Belecke, ehemalige Koordinatorin bei DED und GIZ, und Wolfgang Kreissl-Dörfler, ehemaliger Entwicklungshelfer des DED und seit 1994 Mitglied des EU-Parlaments. Die Moderation übernahm Monika Boutros-Fischer, die selbst als EH für den DED im Einsatz war.

Als Werner Würtele, der langjährige Leiter der DED-Vorbereitung, zur Begrüßung in die Runde fragte, wer denn bei der Gründung des DED 1963 dabei gewesen sei, meldete sich Ludger Reuke und erzählte, dass er zu den Studenten gehört habe, die dem damaligen Präsidenten der USA, John F. Kennedy, beim Gründungsakt als die „ersten Entwicklungshelfer“ untergejubelt wurden. Von der Carl-Duisberg-Gesellschaft sei er damals angeheuert worden, um in diese Rolle zu schlüpfen.

Manfred Dasio brachte zum Ausdruck, dass der DED bei der Fusion zur GIZ als Entwicklungsdienst abgewirtschaftet wurde. Ein „staatlich finanzierter und zivilgesellschaftlich getragener Entwicklungsdienst“ sei jedoch keineswegs ein „Auslaufmodell“. Es gebe Grundsätze, die erhaltenswert sind. Die Forderung des Freundeskreises sei deshalb eine entsprechende Neugründung, die jedoch „keine Dublette des DED“ sein solle.

Eine aufgrund sehr aktueller Erfahrungen fundierte und kämpferisch kritische Stimme saß mit Anke Müller-Belecke im Podium. Als Koordinatorin war sie für den DED tätig und erlebte „draußen“ mit, wie die Fusion zur GIZ ablief. Sie beklagte besonders den schwindenden Partnerkontakt und die abnehmende Rolle der Zivilgesellschaft der Partnerländer. Statt Partnerbezug sei die Entwicklungszusammenarbeit der GIZ durch „von außen aufgesetzte Programme geleitet.“ Diese würden auch „anfangs nicht sehr umständlich gebaut“, sondern nach Verhandlungen mit dem BMZ häufig nach der Formel „3 Jahre gleich 5 Millionen Euro“ durchgezogen. Diese Programme würden dann vor Ort „mit teilweise bis zu 50 Mitarbeitern bestückt“, bevor überhaupt einheimische Partnerorganisationen ins Spiel kämen. Müller-Belecke sehe einen kompletten Wechsel der Planung im Vergleich zur Arbeit des DED. Der Grundsatz des Arbeitens auf Anfrage und die Integration in Partnerstrukturen gelte nicht mehr im Entwicklungsdienst der GIZ. Vielmehr würden „eigene Programme“ aufgelegt und dann nach Partnern in den Ländern für die Umsetzung gesucht. Dabei entstünden auch „exorbitante Personalkosten“. Diese Planungsprozesse seien auch von einer großen Intransparenz gekennzeichnet, sowohl innerhalb der GIZ und gegenüber den Partnern als auch gegenüber dem BMZ. Als Koordinatorin habe sie in den letzten Monaten gar „Partner belügen müssen“, um den GIZ-Programmen gerecht zu werden. Nach außen werbe man für weltweite Demokratieförderung, während die GIZ innerhalb ein streng hierarchisch durchorganisiertes „undemokratisches Schiff“ sei, und keinen Spielraum für die vom DED gekannte Mitbestimmung und projektbezogene Eigenständigkeit der Entwicklungshelfer lasse. Entwickelt würden nicht mehr die Partnerorganisationen, sondern die eigenen Indikatoren und Programme.

Hildegard Schürings bestätigte dies mit ihrer Einschätzung, dass die GIZ schon durch ihren Internetauftritt für sie eine der weltweit geschlossensten Organisationen sei. In den Entwicklungsländern seien ihrer Erfahrung nach Entwicklungshelfer kaum noch zu finden bzw. spielten eine nachgeordnete Rolle im Rahmen der deutschen EZ.

Uli Post gab seine Wahrnehmung der Entwicklungen wieder und berichtete, dass derzeit innerhalb der GIZ ein Leitbild für Entwicklungshelfer entwickelt wird, welches im Einklang mit dem Entwicklungshelfer-Gesetz stehen solle. Post wies jedoch darauf hin, dass weder NRO noch andere externe Institutionen in diesen Prozess einbezogen sind, sondern die GIZ als geschlossene staatlich gesteuerte Institution agiert. Ziel sei laut Post die Schaffung eines Entwicklungsfachdienstes.

Er nannte Kriterien, die seiner Meinung wesentlich für einen neuen Dienst seien: Solidarität als treibendes Motiv statt wirtschaftlichen Eigeninteresses; nicht nur Vermittlung von Kompetenzen, sondern auch Austausch von Kompetenzen; Berufsbild des Entwicklungshelfers öffnen bzw. ändern; keinen Junior-Professional-Dienst der „gtz“ schaffen. Die Trägerschaft durch die Zivilgesellschaft sah Post eher fraglich.

Dem stimmte der EU-Parlamentarier Wolfgang Kreissl-Dörfler zu und brachte zum Ausdruck, dass er an einen „staatlichen Dienst auf staatlichen Schultern“ denke. Allerdings müsse darüber diskutiert werden, was mit „staatlich“ gemeint ist. Ein Entwicklungsdienst habe „unsere gesellschaftlichen Grundwerte“ zu transportieren. Insbesondere die „Reziprozität“ des Wirkens in den Zivilgesellschaften in den Ländern und dem, was man mit nach Hause nimmt, mache es notwendig, einen staatlichen Dienst auf den Grundlagen unserer Verfassung zu haben.

Müller-Belecke sieht eine „erstaunliche Verstaatlichung“ der GIZ und den „schnellen Rückzug“ aus der Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften in den Ländern. Durch die starke Konzentration auf staatliche Partner sehe sie Probleme für zivilgesellschaftliche Gruppen in den Partnerländern, welche bei den geringsten Anzeichen von Regierungskritik aus der Gruppe der förderwürdigen Partner herausfallen. Mit den EH nach Art des DED sei man in den Ländern institutionell wesentlich breiter aufgestellt gewesen. Dies müsse im Rahmen der Fusionierung des Entwicklungsdienstes in der GIZ beachtet werden.

Mit dem Satz: „Ich bin heute nicht hierher gekommen, um Ihnen zu sagen, was Sie tun sollen.“, machte Erhard Eppler klar, dass er kein Patentrezept in der Tasche habe. Eppler erinnerte auch an die nicht immer unumstrittene Rolle und Wahrnehmung von Entwicklungshelfern in den frühen Jahren, sowohl in den Partnerländern als auch in der Bundesrepublik. Der Bundesminister a.D. sprach die Teilnehmer mit den Worten an: „Sie sind nicht bereit das langsame Ableben des DED hinzunehmen.“ Er stelle jedoch auch fest, dass niemand glaube, wieder so anfangen zu können wie 1963. Die Anforderungen aus den Entwicklungsländern seien heute andere als vor 50 Jahren. Er könne sich eine „stärkere europäische Komponente“ bei einem Entwicklungsdienst vorstellen. Mit Bezug auf die Altersstruktur der Teilnehmer der Jubiläumsfeier sagte er, dass er sich freuen würde, wenn bei der nächsten Zusammenkunft dieser Art „die Jüngsten 20 Jahre und die Ältesten 45 Jahre alt wären“.

Manfred Dasio erwarte von der Leitbild-Diskussion innerhalb der GIZ bezüglich des Entwicklungsdienstes ein „schönes unangreifbares Papier, das nicht umsetzbar sein wird.“ Im Rahmen der GIZ stünde das Instrument Entwicklungsdienst der Ausrichtung als „weltweit tätiges Unternehmen“ gegenüber. Man dürfe nicht darauf warten und hoffen, dass das mit „dem Entwicklungsdienst bei der GIZ irgendwann gut wird.“ Der Freundeskreis versuche Kontakt zu den Parteien und politischen Gruppen aufzunehmen. Allerdings sei es schwierig, da alle Parteien der Fusion in dieser Weise zugestimmt hätten.

Hildegard Schürings rief dazu auf, hinzuschauen, was in den Ländern des Südens vor sich geht. Die Situation habe sich dahingehend geändert, dass es entwickelte und organisierte Zivilgesellschaften und hochqualifizierte Leute gebe. Sie stellt die Frage, welche Interessen eigentlich in den Ländern vorhanden sind. Sie erinnerte an die Pariser Erklärung und die Accra-Erklärung, in denen es insbesondere darum geht, dass sich Entwicklungszusammenarbeit in nationale Strategien und Strukturen einbinden müsse.

Eppler merkte an, dass allgemeine die „Verbindung von Leistung und Erfolg“ zu überdenken sei. Es gebe entweder eine soziale Gesellschaft oder eine Leistungsgesellschaft. Die radikal liberale Entwicklung habe in Deutschland dazu geführt, dass Leistung mit Erfolg verwechselt würde. Eppler glaube schon, dass wir eine Leistungsgesellschaft brauchen, um uns international zu behaupten, aber er denke „wir sollten alle anerkennen, die etwas leisten und nicht nur die, die Erfolg haben.“ Eine Gesellschaft dürfe nicht allein auf Wettbewerb aufgebaut sein, sondern auch auf Solidarität miteinander. Ein solidarisches Denken, bei dem es nicht um Helfer und Hilfeempfänger geht, sondern miteinander gearbeitet wird, könne er sich als einen Grundsatz für einen erneuerten oder einen neuen Entwicklungsdienst vorstellen. In manchen Dingen könne Europa heute mehr von afrikanischen Ländern lernen als umgekehrt.

Eppler gab zu bedenken, dass ein neuer Entwicklungsdienst nicht ohne eine politische Entscheidung entstehen könne. Deshalb brauche es in der Politik Menschen, die einen Entwicklungsdienst wollen.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer begleiteten die Diskussion mit zustimmendem Applaus, aber auch mit kritischen und ergänzenden Wortmeldungen. Die Moderatorin spürte, dass das aktive Publikum frühzeitig in die Diskussion einbezogen werden wollte.

So meldete sich beispielsweise Henning Hintze, der 1976 zum DED kam, und betonte, dass auch ein Regierungswechsel im Herbst „nicht für entwicklungspolitische Veränderungen“ spreche. Mit der Analyse des DED-Freundeskreises sei er vollkommen einverstanden, aber mit den Schlussfolgerungen nicht. Er stimme Erhard Eppler darin zu, dass man neue Akteure im Bundestag brauche, die mit solchen Ideen sympathisieren. Ein staatlicher Entwicklungsdienst mache aus seiner Sicht in der aktuellen politischen Lage in der Bundesrepublik keinen Sinn und eine Lösung solle nicht bei den großen Parteien gesucht werden, da die Mehrheit dort anders denke.

Es gab mehrfach den Vorschlag die Rückkehrer stärker zu organisieren und dann in Richtung der Parlamentarier zu arbeiten. Genau da sehe auch Siegfried Pater ein großes Potential, welches jedoch in den letzten Jahre etwas „eingeschlafen“ sei. Ein Engagement im Rahmen eines Entwicklungsdienstes müsse seiner Meinung nach von unten wachsen und nicht auf den Staat schauen. „Wir müssen zu Wort kommen, müssen schreien, müssen uns einmischen. Warum demonstrieren wir nicht?“, fragte er. Pater merkte an, dass es zukünftig viel mehr um Austauschprogramme auf Augenhöhe gehen muss.

Auf Nachfrage von den Teilnehmern erklärte Manfred Dasio, dass seitens des DED-Freundeskreises eine Pressemitteilung geplant ist und auch am Ende des Treffens am Werbellinsee ein Appell formuliert werden soll. Dasio betonte nochmals, dass die Einflussnahme auf die Politik sehr wichtig sei. Die Frage danach, ob es überhaupt Sinn mache, sich für eine Neuausrichtung des Entwicklungsdienstes innerhalb der GIZ oder einer Neugründung mit staatlicher Förderung einzusetzen, beantwortete Dasio mit den Worten: „Wenn man nicht kämpft hat man von vornherein verloren. Wenn man kämpft, kann man verlieren.“

Uli Post ging darauf ein, dass der DED, so wie er am Ende aufgestellt war, es der GIZ und der Politik sehr leicht gemacht habe, und deshalb im Prozess der Fusion verloren habe.

Für eine Neuausrichtung des Entwicklungsdienstes in der GIZ sehe Müller-Belecke keine Chancen. In der GIZ hätten „neue Gedanken keine Chance“ und es gebe weder Mitspracherecht noch Selbstkritik im Unternehmen. Die Rolle des Entwicklungshelfers sehe sie in einer Entwicklung hin zum „Junior-Consultant-Dasein“. Solidarität, ein wesentliches Merkmal der Arbeit im DED, sei in der GIZ „ein belächelter, nicht erfolgreicher Gemütszustand“. Das entwicklungspolitische Denken der EH habe einem Karrieredenken Platz gemacht. Damit sei es für junge Menschen schwer, in diesem Rahmen andere Ideen einzubringen.

Werner Göbels vom DED-Freundeskreis erinnerte an den Ablauf der Fusion und betonte, dass nicht der DED insgesamt mit fliegenden Fahnen übergelaufen sei, sondern, dass es vor allem sein „rheinischer SPD-Parteifreund Jürgen Wilhelm [der letzte Geschäftsführer des DED, d.A.] war“, der für die Befürwortung der Fusion gestanden habe. Wichtig sei es nun, der Deutungshoheit des BMZ und der GIZ, welche die Fusion mit sich gebracht habe, mit „Entschiedenheit zu widersprechen“. Man müsse in die Öffentlichkeit bringen, dass Fehler gemacht worden seien. Dem DED-Freundeskreis scheine die „Idee eines neuen, eines anderen Dienstes“ ein geeignetes „Vehikel zur Brechung dieser Deutungshoheit zu sein“, sagte Göbels. Man wolle eine öffentliche Diskussion anstoßen, in welcher man deutlich machen wolle: „Herr Niebel hat nicht recht. Herr Niebel hat nicht alle in dieser Gesellschaft hinter sich.“

Aus dem Publikum kamen Stimmen mit der Frage danach, wie man sich organisieren könne. Und Ideen dazu gab es auch gleich. Eine außerparlamentarische Opposition könne man vielleicht bilden, aber sich auf jeden Fall „vernetzen“ und „aktiv sein“, ob mit einem „neuen DED“ oder auf andere Weise. Ein Teilnehmer stellte fest, dass es eine solche Stimmung wohl zum letzten Mal beim 25-jährigen Jubiläum des DED in Wächtersbach gegeben habe.

Uli Post betonte, dass es eines „emotionalen Zugangs zur Entwicklungszusammenarbeit“ bedürfe, welcher durch die Abschaffung des DED verloren gegangen sei. Der frühere DED-Geschäftsführer Herbert Sahlmann wünschte sich einen rein zivilgesellschaftlich getragenen Dienst, weil der DED seiner Meinung nach „aufgrund seiner starken Verstaatlichung“ bereits zur „Junior-gtz“ geworden war, und deshalb in der GIZ „wegfusioniert“ worden sei. Sahlmann schlug vor, dass eine Dokumentation des Treffens gemacht wird und der DED-Freundeskreis eine Plattform einrichtet, auf der die vielen Initiativen und Engagierten zusammengeführt werden können. Dies könnte „eine Grundlage für eine Neugründung“ sein. Eine Neugründung müsse seiner Meinung nach jedoch zivilgesellschaftlich getragen sein. Er glaube nicht daran, „dass sich die politischen Parteien einem solchen neuen Dienst verschließen würden.“ Sahlmann betonte nochmals die Notwendigkeit eines Austauschprogrammes, in dem auch Menschen aus dem Süden nach Deutschland kommen.

Müller-Belecke stimmte zu, dass eine Sichtbarkeit des großen Engagements hergestellt werden müsse, und es notwendig sei, die Ideen „salonfähig zu verkaufen“. Es sei eine wichtige Arbeitsaufgabe zu ermitteln, was die Partnerländer von der bisherigen und der jetzigen Entwicklungszusammenarbeit halten. Dies sei in der jüngsten Zeit „vergessen oder aktiv unterlassen worden.“

Die mehrfach geäußerten Ideen und Forderungen nach der Einbeziehung jüngerer Generationen in die Diskussion und in die Umsetzung eines neuen Entwicklungsdienstes wurden auch kritisch in Frage gestellt. Monika Ziebell von Engagement Global brachte jedoch zum Ausdruck, dass sie in den jungen „weltwärts“-Rückkehrern durchaus ein Potential sehe, welches im Sinne einer neuen Entwicklungspolitik genutzt werden sollte.

Auch Teilnehmer aus der „jüngeren Generation“ meldeten sich auch noch zu Wort. Ein 37-Jähriger sagte: „Ich war in der Phase tätig, als der DED ein Fachdienst war, habe als Berater und nicht als Volunteer gearbeitet, und bin auch ein Stück weit stolz darauf, so gearbeitet zu haben.“ Die partnerorientierte Beratung halte er für einen guten Ansatz. Die „zu meiner Zeit existierenden Doppelstrukturen hielt ich für hochgradig ineffektiv.“, sagte er. Deshalb sei die Generalkritik an der Fusion für ihn nicht immer nachvollziehbar, da diese notwendig gewesen sei. Zur bestehenden GIZ könne er sich eine „komplementäre Organisation“ vorstellen.

Aus dem Publikum gab Gabi Beckmann ihre Sicht auf einen DED wieder, in dem sie in den Jahren seit 2000 bei der Entwicklung zum Fachdienst eine zunehmende Diskrepanz zwischen der DED-Zentrale und der Außenstruktur gesehen habe. Die Arbeit der Geschäftsstelle habe sie als „überbürokratisch und schon in vorauseilendem Gehorsam auf die Dinge die da kommen sollten“ empfunden. Sie gab die Anregung, das „Instrument des Entwicklungshelfers“ im Blick zu behalten und nicht zuerst auf institutionelle Fragen zu fokussieren. Es sei die Frage zu beantworten, inwieweit das Entwicklungshelfergesetz weiterhin als Grundlage zur Entsendung dienen könne, und erst dann müssten institutionelle Fragen geklärt werden. Es müsse auch die Frage beantwortet werden, wie eigentlich die Partner in den Entwicklungsländern die derzeitige deutsche EZ sehen. Sie habe gemeinsam mit Theo Rauch im Jahr 2012 eine Studie vorgelegt, in welcher es insbesondere darum ging, „genau die Stärken der direkten Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft zu Zivilgesellschaft zu

untersuchen und als Argumentationshilfe für den Fusionsprozess nutzbar zu machen.“ Sie habe jedoch den Eindruck, dieses Gutachten für die GIZ sei „direkt nach der Präsentation und Diskussion in der Ablage gelandet“.

Auf Nachfrage aus dem Publikum kündigte Manfred Dassio an, dass sich der DED-Freundeskreis aktiv für die Weiterführung der Diskussion engagieren wird.

In den Abschlussstatements der Panelisten gab Hildegard Schürings zu bedenken, dass es auch innerhalb der GIZ „gute Leute und gute Vorhaben“ gebe und nicht alle Leute in der GIZ „karriereorientiert“ seien.

Kreissl-Dörfler sagte, er sei „sehr froh, dass wir hier beide Schritte [Neugründung und Umstellung innerhalb der GIZ, d.A.] auf dem Tisch haben.“ Er sehe die Diskussionen am Werbellinsee als Grundlage um darauf hinzuweisen, „was in der Zusammenarbeit derzeit nicht läuft“. Mit den „vielen guten Ideen, die hier kamen“, könne etwas neues formuliert und ausgestaltet werden. Er sei nicht dagegen, dass der Staat finanziert, er wolle, dass der Staat die Möglichkeiten schafft, damit die Menschen sich einbringen können. Der jungen Generation müsse ein anderes Angebot als die derzeitigen Institutionen gemacht werden.

Manfred Dassio zeigte sich überrascht und erfreut über die große Resonanz auf die Einladung zum Treffen am Werbellinsee. Er sehe, dass nicht immer alle einer Meinung sind, dies aber auch nicht sein müsse. „Man sieht, welches Engagement hier vorhanden ist.“, stellte Dassio fest. Er kündigte einen schriftlichen Appell an und betonte nochmals, dass die Umsetzung der entwicklungspolitischen Ideen letztendlich auf der politischen Ebene erfolgen müsse. Der neue Dienst solle stärker als der DED von der Gesellschaft getragen werden, bedürfe jedoch einer staatlichen Finanzierung. Dassio verlas den Anfang des Appells und bekam dafür viel Applaus.

Zusammengestellt von Kai Walter, Juni 2013.